

Dr. Günter Fiedler: Rede der SPD-Fraktion zum Haushalt 2015

Bei Haushaltsberatungen in vergangenen Jahren waren es immer wieder die gleichen Risiken, die den Kämmerern und uns Politikern Sorgenfalten bereiteten. Dazu gehörten: ein hohes Zinsniveau für Kredite und die Energiepreise - insbesondere für Heizöl, Benzin und Diesel. Doch diese üblichen Belastungen bereiten uns zur Zeit keine Sorgen - wie sieht es mit den weiteren Eckdaten aus?

Insgesamt bekommen die Kommunen im nächsten Jahr eine Rekordzuweisung in Höhe von 9,6 Milliarden Euro. Das ist die höchste Summe, die jemals an die Kommunen gezahlt wird. Die gute Steuerentwicklung der vergangenen Monate ist aber nicht der einzige Grund für den Anstieg der Zuweisungen. Zusätzlich werden die Kommunen seit 2010 nicht mehr wie bei der früheren schwarz-gelben Landesregierung zur Konsolidierung des Landeshaushalts herangezogen und wieder am Aufkommen des Landes an der Grunderwerbsteuer beteiligt.

Auch das auf den Weg gebrachte Einheitslastenabrechnungsgesetz wirkt sich weiter positiv aus. Die Kommunen in NRW werden durch die Neuregelung des Gesetzes im Jahr 2013 durch die Abrechnung der Jahre 2007 bis 2011 rückwirkend um rund 275 Millionen Euro entlastet. Auch in den Folgejahren sind jeweils Entlastungen von bis zu 155 Millionen Euro geplant.

Auch der Stärkungspakt für einzelne Kommunen zeigt seine positive Wirkung. 2010 mussten beim Amtsantritt von Rot-Grün 138 Städte und Kommunen in NRW einen Nothaushalt fahren, im nächsten Jahr wird es wohl nur noch die Stadt Grevenbroich sein.

Mit dem GFG 2015 wurden wie in den vergangenen Jahren die Parameter für den kommunalen Finanzausgleich an aktuelle Daten wie Einwohnerzahlen, Schülerzahlen usw. angepasst. Trotzdem hagelt es die üblichen Kritikpunkte. Neben der Abundanzumlage für finanzstarke Städte ist vor allem die Benachteiligung des ländlichen Raumes Ziel der Kritik.

Die Gutachter des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FIFO) haben eine gewünschte und auch mögliche Verschiebung zugunsten des ländlichen Raumes durchgerechnet und festgestellt, dass dann im Durchschnitt die kreisfreien Städte Schlüsselzuweisungen verlieren und die Städte im kreisangehörigen Raum im Durchschnitt gewinnen. Aber eben nur im Durchschnitt, d.h. es gibt auch bei diesem Modell wieder Gewinner und Verlierer: bei den kreisfreien Städten gewinnen 8 und 15 verlieren, bei den kreisangehörigen Gemeinden gewinnen 204, aber immerhin 99 verlieren gegenüber dem aktuellen Stand. Das FIFO-Gutachten empfiehlt daher für die Zukunft nur eine schrittweise Änderung der Parameter und

zitiert in seinem Resümé die alte Ingenieurweisheit: Was nicht kaputt ist, sollst du auch nicht reparieren!

Wie komplex und schwierig das System der Verteilung der Schlüsselzuweisungen ist, beweisen auch die Schätzungen im Kreishaushalt. Im Haushalt 2014 wurden prognostiziert 31,5 Mio, 2013 28 Mio und 2012 gar nur 24,8 Mio Euro. Doch im kommenden Jahr steigen die Schlüsselzuweisungen an den Kreis von 30,5 Mio auf in dieser Höhe unerwartete 34,7 Mio !.

Den 940 Seiten umfassenden - jetzt perfekt durchnummerierten - Haushaltsplanentwurf haben die Fachausschüsse beraten, im Kreisausschuss sind Änderungen beschlossen worden. Auf die einzelnen Haushaltsstellen möchte ich nicht mehr eingehen, sondern die Änderungen der SPD hinsichtlich Inklusion, Sport, Schulsozialarbeit und Landschaftsschutz erläutern.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention werden sich die Anforderungen zur Beteiligung und vollständigen Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei uns im Kreis erheblich verändern. Der Aktionsplan der Landesregierung „eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv“ macht deutlich, dass sich behinderte Menschen nicht an die Normgesellschaft anpassen - also integrieren müssen, sondern dass die soziale und physische Umwelt so gestaltet werden muss, damit alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben können. So begrüßen wir, dass die Berücksichtigung der Belange der Inklusion in allen Handlungsfeldern unseres Zukunftskonzeptes aufgenommen wurde.

Erfreulicherweise konnte zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden ein erster Kompromiss über die Finanzierung der schulischen Inklusion gefunden werden, der eine tragbare Basis für das weitere Vorgehen darstellt.

Alle weiteren notwendigen Veränderungen lassen sich nur mit Unterstützung durch einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten erreichen. Es sollte in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden nach einer Fachkraft gesucht werden, die sich hauptverantwortlich außerhalb der Kreisverwaltung für die Belange der Behinderten einsetzen kann.

Stark machen wollen wir uns auch für die weitere Förderung des Sports. Wir begrüßen ausdrücklich den „Pakt für den Sport“, den das Land NRW mit dem Landessportbund geschlossen hat. Darin wird deutlich, dass neben der Freizeitgestaltung und Gesundheitsförderung die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Kooperation mit Ganztagschulen, Unterstützung der immer älter werdenden Generation, Einbindung sozial Benachteiligter und Bildungsferner, Integration von Migranten und Schaffung barrierefreier

Sportstätten gelöst werden müssen. Immerhin stellt das Land für die Jahre 2014 bis 2017 34,5 Mio € zur Verfügung.

Ein Entwurf des Paktes für den Kreis Soest - abgestimmt mit den Gemeindegewerkschaften - liegt seit langer Zeit unterschrittsreif vor. Nicht nur das aktuelle Weltmeisterschaftsjahr sondern auch die festliche Verleihung der Ehrenamtspreise an drei Sportvereine unter dem Motto „Sport als Chance“ vor wenigen Wochen wäre ein idealer Zeitpunkt zum Start des Paktes gewesen. Der Pakt sollte daher im nächsten Jahr abgeschlossen und finanziell oder personell mit 30.000 Euro unterstützt werden.

Bis Ende 2013 hatte der Bund die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt. Nach endlosen Diskussionen über die Weiterfinanzierung ist nun das Land eingesprungen. Befristet bis 2017 wird das Land mit einer Summe von 48 Mio zwei Drittel der Kosten für 1500 Sozialarbeiter übernehmen, darunter auch die Sozialarbeit im Kreis Soest. Die Spitzen von Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund begrüßen das Einspringen der Landesregierung, das eine Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter ermöglicht. Und sie begrüßen, dass finanziell schwächere Kommunen einen geringeren Eigenanteil besteuern müssen.

Auch wollen wir Sozialdemokraten in 2015 erreichen, dass das Zentrum Kinderschutz - zunächst mit dem Schwerpunkt Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt - seine Arbeit zum 1. Oktober aufnehmen kann. Außerdem machen die aktuellen populistischen Diskussionen deutlich, dass die politische Jugendarbeit im Kreis wieder unterstützt werden muss.

Handlungsbedarf besteht auch bei der Einführung eines Sozialtickets hier im Kreis, dessen Kosten sich durch weiterhin gesicherte Landeszuschüsse decken werden. Wir sind zuversichtlich, dass im Jahr 2016 endlich ein Ticket angeboten werden kann, das aktuell in einigen Nachbarkreisen bereits gut angenommen wird. Wir können es den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis nicht erklären, dass wir den Flughafen subventionieren und beim ÖPNV Kostendeckung anstreben.

Im Bereich Klima- und Landschaftsschutz wollen wir den Worten weitere Taten folgen lassen: im Haushalt sollen für den Erosionsschutz auf der Haar jährlich jeweils 50.000 Euro bereitgestellt werden.

Die von uns gewünschten Mehrausgaben lassen sich durch Haushaltsstellen decken, die in der Höhe geschätzt sind und deren genaue Ergebnisse sich erst im Laufe des nächsten Jahres ergeben werden. Gesetzlich bedingte Mehrausgaben durch Tarifabschlüsse und Besoldungsanpassungen sind durch

Einsparungen in den Budgets der Einzelpläne weitgehend ausgeglichen worden - bis auf den Bereich Jugend und Soziales. So ist erwartungsgemäß der Kreishaushalt auch im nächsten Jahr nicht ausgeglichen. Es wird mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,45 Mio € gerechnet, der einen weiteren Zugriff auf die Ausgleichsrücklage erfordert. Sie ist dann von einst 50 Mio auf nur noch rund 7 Mio abgeschmolzen. Eine weitere Senkung dieser Rücklage - wie von den Kommunen gefordert - ist zwar möglich aber derzeit nicht zu verantworten. Dies umso mehr, als gerade der Sozialbereich noch mit erheblichen Risiken behaftet ist.

Wir verweisen dabei u.a. auf die steigenden Zahlen der Grundsicherung, die Hilfen zur Pflege und die Kosten für die Unterbringung. Immerhin beläuft sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Soest weiterhin auf 9.600, die Anzahl der Pflegebedürftigen wird weiter ansteigen: von geschätzten 9.200 im nächsten Jahr bis auf 10.000 im Jahr 2017. Weiterhin dringend erforderlich sind präventive Maßnahmen im Sozialen und Jugendbereich, die erst später den Haushalt entlasten werden. Den Grundsatz, Vorsorge ist besser als Nachsorge, den wollen wir auch weiterhin im Haushalt wiedersehen.

So ist es zu begrüßen, dass die Große Koalition in Berlin mit dem Kommunalentlastungs- und Bundesleistungsgesetz - auch auf Drängen der SPD - Entlastungen im sozialen Bereich für Kommunen und Kreise auf den Weg bringen wird.

Als erster Schritt sind für die Städte und Gemeinden im Kreis Soest 1,7 Mio Euro aus der Übergangsmilliarde des Bundes über den Umsatzsteuerschlüssel zu erwarten. Der Kreis selbst erhält 1,4 Mio € mehr über die Erhöhung des Bundesanteiles an den Kosten der Unterkunft. Diese Zuweisungen an den Kreis werden allerdings sofort durch eine höhere Landschaftsverbandsumlage verzehrt.

Wie schon eingangs erwähnt, unterstützt auch das Land NRW die Städte und Gemeinden. So steigen die Schlüsselzuweisungen für die Städte im Kreis Soest um 7 Mio € von 88,8 Mio € auf 95,6 Mio €. Darin sind 23,6 Mio € Zuweisungspauschalen, die unabhängig von der Steuerkraft gezahlt werden.

Zu erwähnen sind weiterhin die Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz mit Entlastungen für die Länder und Kommunen für 2015 um 33 Mio und ab 2016 um rund 44 Mio. Als Hilfe für die Flüchtlinge zahlen Bund und Land 145 Mio.

Weiterhin sollen in der Bund-Länder-Kommission, die den Finanzausgleich aktuell regeln soll, Vertreter der Kommunen einbezogen werden. Dabei muss für NRW aus dem Länderfinanzausgleich mehr herausgeholt werden - es kann nicht

sein, dass NRW ein hohes Steueraufkommen hat, davon aber viel zu wenig profitiert. Hier müssen die Verteilungsmechanismen unbedingt angepasst werden.

Summa summarum bleibt der Zahlbetrag der Kreisumlage für die 14 Städte und Gemeinden zum vierten Mal in Folge konstant, obwohl für das kommende Jahr eine Anhebung von 147 Mio auf 153,3 Mio. eingeplant war.

Meine Damen und Herren, im Namen der SPD-Fraktion möchte ich allen danken, die an der Aufstellung und Beratung des Haushaltes mitgewirkt haben - vor allem Herrn Topp.

Lassen Sie mich abschließen mit den Worten einer Persönlichkeit, die heute am 18. Dezember Geburtstag hat. Willy Brandt (1913-1992): „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist - sie selbst zu gestalten!“

Sie können sicher sein, dass die SPD im neuen Jahr in Bund, Land und Kreis weiter mitgestalten wird und daher heute dem vorliegenden Haushalt mit den im Kreisausschuss beschlossenen Änderungen zustimmen wird.